

Christopher Daase

Sicherheitskultur im Wandel Ein Forschungsprojekt an der Goethe-Universität Frankfurt

**Statement auf der Veranstaltung des BMBF
zur Vorstellung der Innovationsplattform
„Gesellschaftliche Dimensionen
der zivilen Sicherheitsforschung“
Bonn, 1.-2. Dezember 2010**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Möglichkeit, Ihnen das Forschungsprojekt „Sicherheitskultur im Wandel“ vorzustellen, das seit Juli diesen Jahres an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main läuft. Es befasst sich mit einem zentralen Aspekt der gesellschaftlichen Dimension ziviler Sicherheitsforschung, nämlich der Frage, wie und warum sich die Wahrnehmung von Sicherheit und Unsicherheit, von Schutz und Gefahr verändert. [Folie 2]

Dabei gehen wir von der Beobachtung aus, dass sich die Bedeutung des Sicherheitsbegriffs seit den 1950er und 60er Jahren kontinuierlich gewandelt hat und wir es heute mit einem umfassenden, erweiterten Sicherheitsbegriff zu tun haben. Aber warum und mit welchen Folgen?

Der Sprachwandel lässt sich begriffsgeschichtlich in vier Dimensionen nachweisen, der Referenzdimension, der Sachdimension, der Raumdimension und der Gefahrendimension, auf die ich hier im Einzelnen nicht eingehen will. Entscheidend ist vielmehr, dass der Sprachwandel auf einen Kulturwandel hindeutet, nämlich den Wandel der Sicherheitskultur – mit erheblichen Konsequenzen für die Sicherheitspolitik. [Folie 3]

Denn die Ausweitung der gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisse, die Identifizierung immer neuer Gefahren und Behauptung immer extensiverer Verantwortlichkeiten, stellt die Sicherheitspolitik national wie international vor Aufgaben, die kaum noch zu bewältigen sind. Es kommt zu einer strukturellen Überforderung der Sicherheitspolitik.

Umgekehrt überfordert auch die Sicherheitspolitik die Gesellschaft. Militärische Interventionen in Krisengebieten sind ebenso umstritten wie kostspielige Maßnahmen zur Friedenssicherung. Hohe Rüstungsausgaben und steigende Sicherheitsbudgets sind ebenso schwer zu vermitteln wie rigide Maßnahmen zur präventiven Risikominimierung. Es kommt zu einer strukturellen Verunsicherung der Gesellschaft.

Beide Entwicklungen und der *mismatch* zwischen gesellschaftlichem Sicherheitsbedürfnis und staatlicher Sicherheitsgewährung lassen sich aus den Verwerfungen der Sicherheitskultur (und der Entstehung unterschiedlicher Sicherheitskulturen) verstehen. Unter Sicherheitskultur verstehen wir dabei die Gesamtheit der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Individuen und Organisationen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und mit welchen Mitteln ihr begegnet werden soll.

Der Punkt ist, dass Sicherheitsbedrohungen oder Risiken nicht einfach existieren, sondern zumindest teilweise durch gesellschaftliche Normen und Praktiken konstruiert werden. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Wahrnehmung von Unsicherheit nicht voraussetzungslos. Sie reagiert einerseits auf reale Gefahren (etwa Umweltzerstörung, Terrorismus oder Pandemien) und andererseits auf politische Vorgaben (etwa Müllverordnungen, Terrorwarnungen oder Appelle zur Gesundheitsvorsorge). Sicherheitskultur entsteht und wandelt sich also im Wechselverhältnis von Politik, Gesellschaft und äußeren Bedrohungen.

[Folie 4] Angesichts dieses Wandels stellen wir drei Fragen im Projekt: (1) Was sind die Ursachen und Gründe für den Wandel der Sicherheitskultur? (2) Was sind die Folgen dieses Wandels? (3) Welche Strategien erfordert dieser Wandel? Diese Fragen sollen aufeinander aufbauend jeweils in etwa einem Jahr des Förderzeitraumes bearbeitet und beantwortet werden – und das auf drei Ebenen gesellschaftlicher Aggregation: Auf der Makroebene international geteilter Normen und Institutionen, der Mesoebene gesellschaftlicher Ideen und Werte und der Mikroebene individueller Einstellungen und Wahrnehmungen, denn Sicherheitskultur manifestiert sich gesellschaftlich, staatlich und international.

Auf der Makroebene untersuchen wir folglich den Trend zu einem zunehmend denationalisierten und globalisierten Sicherheitsverständnis. Dabei gehen wir, was die Ursachenanalyse angeht, über die Versicherheitlichungsthese hinaus, nach der bestimmte

Akteure bestimmte Themen „versicherheitlichen“, um ihnen größere Dringlichkeit und Akzeptanz zu verschaffen, und stellen den Wandel in einen größeren sozialtheoretischen Kontext der Dissoziation von Staat und Gesellschaft. Die Durchsetzung liberaler Werte, so die These, führt dabei international zu widersprüchlichen Folgen, insofern der Übergang zu einem globalen Risikosystem Konflikte über die relative Bedeutung von Gefährdungen (z.B. durch Terrorismus oder Klimawandel) und Kontroversen bei der Umsetzung gemeinsamer Strategien erzeugt: Denken Sie nur an die gescheiterten Klimaverhandlungen von Kopenhagen und jetzt Cancun oder die Auseinandersetzungen über die so genannte Schutzverantwortung und humanitäre Interventionen. Wie dennoch eine proaktive globale Sicherheitspolitik möglich ist, ist die strategische Frage des dritten Jahres.

Auf der Mesoebene geht es um die Veränderungen des Sicherheitsdiskurses in der Gesellschaft. Hier ist zunächst eine Pluralisierung festzustellen, insofern immer mehr gesellschaftliche Akteure mit immer unterschiedlicheren Vorstellungen am Sicherheitsdiskurs teilnehmen und zu einer Proliferation konkurrierender Gefahrenwahrnehmungen beitragen. Die Forderung, die sich daraus ergibt, wird mit dem Begriff *Security Governance* umschrieben, der eine stärkere Beteiligung und Verschränkung von privaten mit öffentlichen Akteuren in der Sicherheitsgewährleistung vorsieht. Entscheidend dabei ist nicht nur eine effektive inter-institutionelle Kooperation, sondern eine Vermittlung unterschiedlicher Problembeschreibungen.

Auf der Mikroebene zeigt sich schließlich, dass sich im Zuge dieses Wandels auch die individuellen Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger verändern. Durch Globalisierung und die mediale Bildproduktion in Echtzeit rücken ferne Probleme wie Terroranschläge, Kriege und Umweltkatastrophen ‚näher an uns heran‘. Geographisch ferne Konflikte und Pandemien werden als ‚eigene Bedrohung‘ wahrgenommen: sei es aus einem Gefühl der Solidarität oder aufgrund des Wissens, dass sie uns direkt betreffen könnten.

Hinzu kommt, dass die Globalisierung der Sicherheitspolitik und Individualisierung der Lebensstile zu einer Zunahme von Ungewissheit darüber führt, was als ‚bedrohlich‘ oder ‚sicher‘ zu bewerten ist: [Folie 5] Auf die Frage: „Was meinen Sie: Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland (1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder (2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst

heraushalten?“ votierten 2002 noch jeweils die Hälfte der Befragten mit 1 oder 2, ein Jahr später war die Zahl der Unentschiedenen von 1 auf 17 Prozent gestiegen.¹

Angesichts dieser strukturellen Verunsicherung erhöht sich die Anforderung an die Sicherheitspolitik, Entscheidungen partizipativ, transparent und nachvollziehbar zu treffen und entsprechend zu kommunizieren – was angesichts sensibler Informationen im Sicherheitsbereich eine besondere Herausforderung ist. Gleichwohl, um die Legitimität sicherheitspolitischer Maßnahmen zu gewährleisten, scheinen neue Formen sicherheitspolitischer Deliberation notwendig zu sein - und wir hoffen, entsprechende Vorschläge im dritten Jahr machen zu können.

Unser Projekt ist aber nicht nur ein Forschungsprojekt. [Folie 6] Vielmehr hat es auch die Aufgabe, Wissenschaftler, Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Akteure in einem sicherheitspolitischen Diskurs zusammenzubringen. Dazu haben wir eine Website, auf der wir nicht nur über unsere Projektaktivitäten informieren, sondern auch wissenschaftliche Beiträge [Folie 7] veröffentlichen und einen Blog unterhalten [Folie 8], in dem bereits eine angeregte Debatte über das Neue Strategische Konzept der NATO stattfindet. Insofern *untersuchen* wir nicht nur den Wandel der Sicherheitskultur, sondern versuchen ihn auch zu befördern.

Und das bringt mich zu dem, was wir uns von der Innovationsplattform versprechen, denn auch sie scheint uns ein Teil einer neuen Sicherheitskultur in Deutschland zu sein.

Einerseits erwarten wir natürlich Verbindung zu und Vernetzung mit anderen Projekten, aber nicht um der Vernetzung willen, sondern um spezifische Fragestellungen gemeinsam zu identifizieren und weiterzuentwickeln.

Konkret schlagen wir deshalb eine Arbeitsgruppe zu den normativen – und das heißt rechtlichen und ethischen – Implikationen neuer Sicherheitsgefährdungen und entsprechender Sicherheitsmaßnahmen vor. Ziel müsste es sein, projekt-übergreifend normative Fragestellungen zu identifizieren und gemeinsam zu bearbeiten.

Eine zweite Herausforderung ist zweifellos sowohl die Fortschreibung des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung als auch die Weiterführung der Sicherheitsforschung im 8. Forschungsrahmenprogramm der EU. Wie sich hier die Sozialwissenschaften positionieren können, um die spezifisch gesellschaftlichen

¹ Bulmahn, Thomas (2010): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung Oktober/November 2009 – Kurzbericht, S. 15. Die Daten der Tabelle sind hier gekürzt wiedergegeben (in nachfolgenden den Jahren 2005-2009 bewegt sich der Anteil von „Weiß nicht/keine Antwort“ zwischen 5% bis 8%).

Dimensionen ziviler Sicherheitsforschung zu adressieren, ist m.E. eine gemeinsame Aufgabe von uns allen, und die Innovationsplattform könnte dabei eine große Hilfe sein.

Ich möchte schließen [Folie] mit einer Einladung bzw. einem *Call for Papers* für die erste Jahrestagung unseres Projektes im Juni nächsten Jahres in Frankfurt. Unter dem Titel „Gefährliche Zeiten!? Sicherheitskultur und sozialer Wandel“ wollen wir nicht nur eigene Forschungsergebnisse präsentieren, sondern auch andere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen einladen, ihre Ansichten und Erkenntnisse über die Ursachen des Wandels der Sicherheitskultur vorzutragen.